Mainova

# Kontinuität des Wandels

**[30.05.2016] Der Frankfurter Versorger Mainova informierte seine Aktionäre über ein stabiles Kerngeschäft und Probleme mit Kraftwerksbeteiligungen. Auf der Hauptversammlung äußerte Mainova-Chef Constantin H. Alsheimer auch deutliche Kritik: Die Energiepolitik der Bundesregierung widerspreche dem regionalen Charakter der Energiewende.**

Die Aktionäre von Energieversorgern haben derzeit wenig zu lachen. Denn Rückstellungen und Wertberichtigungen verhageln den Unternehmen regelmäßig die Bilanzen. Damit haben auch kommunale Versorger zu kämpfen. Auf der diesjährigen Hauptversammlung der Mainova AG (25. Mai 2015) erläuterte Vorstandsvorsitzender Constantin H. Alsheimer das Problem am Beispiel des Gas- und Dampfturbinenkraftwerks Irsching, an dem der Frankfurter Versorger mit 15,6 Prozent beteiligt ist. Aufgrund des anhaltenden Verfalls des Börsenstrompreises rentiert sich die moderne Gas- und Dampfturbinen-Anlage nicht, muss jedoch als Reservekraftwerk in Betrieb gehalten werden. Wie Alsheimer der Hauptversammlung berichtete, war das hochmoderne Gaskraftwerk Irsching im vergangenen Jahr nur 46 Stunden „am Markt“, rund 1.000 Stunden liefen die Turbinen gezwungenermaßen zur Sicherung der Stromversorgung in Süddeutschland. Die Vergütung dafür deckt nach den Worten von Mainova-Vorstand Norbert Breidenbach nicht einmal die Brennstoffkosten. Die Kraftwerkseigentümer fordern deshalb mindestens eine Erstattung sämtlicher angefallenen Kosten für die Vorhaltung und die Einsätze der Anlage und haben eine entsprechende Klage eingereicht (wir berichteten ).
Allein für das Kraftwerk Irsching musste Mainova im Geschäftsjahr 2014 Rückstellungen in Höhe von über 17 Millionen Euro bilden und 2015 nochmals fast 11 Millionen Euro. Die Risikovorsorgen für das Gemeinschaftskraftwerk Bremen hinzugerechnet, lagen die Rückstellungen für die Kraftwerksbeteiligungen in den vergangenen Jahren bei über 51,4 Millionen Euro.

**Stabile Umsatzrendite**

Trotz der anhaltend schwierigen Lage der Energiewirtschaft, steht Mainova vergleichsweise gut da. Im abgelaufenen Geschäftsjahr erlöste das Unternehmen rund zwei Milliarden Euro. Der Gewinn vor Steuern lag mit knapp 129 Millionen Euro rund sieben Millionen unter dem Niveau des Vorjahres (wir berichteten). Immerhin blieb die Umsatzrendite stabil bei 6,7 Prozent. Vorstandschef Alsheimer zeigte sich vor den Aktionärsvertretern zufrieden mit dem Geschäftsjahr: „Unser operatives Kerngeschäft ist stabil. Wir haben uns rechtzeitig auf die herausfordernden Rahmenbedingungen durch die Energiewende eingestellt und die notwendigen Maßnahmen ergriffen. Die Mainova ist weiterhin auf gutem Kurs.“
In einem umkämpften Markt – in Frankfurt bieten 187 Stromanbieter und 138 Gasversorger ihre Tarife an – hat Mainova seit dem Jahr 2009 rund 100.000 neue Kunden gewonnen. „Dies haben wir erreicht, weil wir zielgerichtet und fokussiert neue Vertriebsgebiete erschlossen haben“, erklärte Alsheimer. Vorstandskollege Norbert Breidenbach ergänzte, Mainova habe 450.000 Strom- und 200.000 Gaskunden unter Vertrag. Um diese Kunden zu halten und neue zu gewinnen, will Mainova mit bestem Service überzeugen. Eine wichtige Rolle spielen dabei digitale Kanäle wie die Smartphone-App MainOrt und innovative Dienstleistungen. Als Beispiel dafür nannte Alsheimer Photovoltaik-Lösungen für Privat- und Gewerbekunden und die Wohnungswirtschaft. Eine große Zielgruppe will Mainova durch ein Mieterstrommodell ansprechen. Der Energieversorger betreibt dabei die Solaranlagen auf den Dächern

von Mietshäusern. Alsheimer: „Dadurch können erstmals auch Mieter von der Energiewende profitieren."

**Investitionen in Fernwärme**

Die Investitionen von Mainova blieben im Geschäftsjahr 2015 auf hohem Niveau. Rund 115 Millionen Euro wurden in die Energie- und Wassernetze investiert. Der größte Teil entfiel auf den Fernwärmeausbau im Stadtgebiet Frankfurt. Vom Anschluss zweier Heizkraftwerke an das Fernwärmenetz (wir berichteten) erwartet Mainova-Chef Alsheimer eine gute Rendite für das Unternehmen. Auch die Umwelt profitiere: „Insgesamt können 100.000 Tonnen CO2 pro Jahr eingespart werden. Das ist so viel CO2, wie etwa acht Millionen Bäume in einem Jahr kompensieren." Allein durch diese Maßnahme würden ein Sechstel der gesamten CO2-Reduktionsziele der Stadt Frankfurt erreicht, die diese in ihrem Klimaschutzkonzept bis 2020 vorgesehen hat.

**Kritik an der Energiepolitik**

Deutschland hingegen werde seine Klimaziele bis zum Jahr 2020 nicht erreichen, zeigte sich Alsheimer in seiner Rede vor der Aktionärsversammlung überzeugt. Schuld daran sei das derzeitige Strommarktmodell, das zum Paradoxon der Energiewende geführt habe: Erneuerbare Energien produzieren einen Rekordanteil an Strom, hocheffiziente Gaskraftwerke sind nicht mehr rentabel, gleichzeitig laufen Braunkohle-Kraftwerke Tag und Nacht. Dadurch seien nicht nur die selbstgesteckten Klimaziele in weite Ferne gerückt. Angesichts der Beschlüsse der UN-Klimakonferenz im vergangenen Jahr in Paris verliere das Energiewendeland Deutschland auch seine Glaubwürdigkeit.
Alsheimer forderte die Bundesregierung auf, einen rechtssicheren Ausstiegspfad für die Braunkohle einzuschlagen. „Verknüpft mit einer Reform des EU-Zertifikatehandels wäre das ökologisch am sinnvollsten und würde für Investitionssicherheit sorgen." Das Energiesystem könne so auf die effizientesten und CO2-ärmsten Technologien umgestellt werden. Dies seien hochmoderne und flexible Gaskraftwerke und Kraft-Wärme-Kopplungsanlagen, also Technologien mit den geringsten CO2-Vermeidungskosten.

**Angriff auf kommunale Strukturen**

Kritik äußerte Alsheimer auch an den Netzausbauplänen. Der Bau neuer Stromleitungen von Nord- nach Süddeutschland sei zwar ein wichtiger Baustein der Energiewende. Allerdings würden die Verteilnetze und die Frage der Energiespeicherung außer Acht gelassen. Bundesregierung und Bundesnetzagentur hätten nur die großen Strukturen im Blick und setzten dabei auf einen Zentralismus der Planung und einen Dirigismus der Lösungsfindung. Alsheimer: „Davon profitieren die vier Übertragungsnetzbetreiber, während die regionalen Energieversorger nicht zum Zuge kommen. Diese Entwicklung ist nicht effizient und widerspricht dem regionalen Charakter der Energiewende."
Gleiches gelte für die Pläne zur Digitalisierung der Energiewirtschaft. Bei der Einführung intelligenter Messsysteme sei der gesetzliche Rahmen so gesteckt, dass die Wertschöpfung von den regionalen Verteilnetzbetreibern auf die vier großen Übertragungsnetzbetreiber übergehe. „Wir verstehen das nicht nur als frontalen Angriff auf kommunale und regionale Strukturen. Wir sind auch davon überzeugt, dass dies neue Oligopole befördert und wir uns auch in diesem Feld vom Marktgedanken entfernen. Diese Entwicklung macht uns große Sorge. Sie ist volkswirtschaftlich ineffizient und wird nicht zum Gelingen der Energiewende beitragen", kritisierte der Mainova-Chef.

**Zuverlässige Dividende**

Die Anteilseigner von kommunalen Energieversorgern müssen sich demnach weiterhin auf unsichere Zeiten einstellen. Der Mainova-Vorstandschef sprach nach über zehn Jahren des Umbruchs in der Energiewirtschaft von einer Kontinuität des Wandels. Kein Geschäftsmodell sei in Stein gemeißelt. Alsheimer zeigte sich dennoch optimistisch. Das Unternehmen habe seine Schulden außerplanmäßig reduziert, die Eigenkapitalquote habe sich damit auf 37,9 Prozent erhöht. „Mainova macht das über den Tag hinaus stark. Wir sehen uns für die Zukunft gut aufgestellt“, lautete Alsheimers Fazit. Die Mainova-Aktie sei ein gutes Investment mit einer attraktiven Rendite, betonte er. Laut einer Rangliste des Handelsblatts rangiere Mainova auf Platz acht der zehn zuverlässigsten Dividendenzahler.

()

Stichwörter: Unternehmen, Mainova,